

## **Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltplansenwurf für 2017**

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Grünen Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,  
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Umstellung vom kameralen auf den doppischen Haushalt hat uns dieses Jahr in diversen Schulungen begleitet und jetzt liegt er uns vor - der erste doppische Haushalt. So schlimm wie befürchtet ist die Umstellung nicht, von der Systematik her ist auch der doppische Haushalt logisch. Was uns allerdings Schwierigkeiten macht: es fehlt die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren und es finden sich nebulöse Sammelposten, wo wir früher detaillierte Aufstellungen hatten. Das ist keinesfalls zufriedenstellend, wir erwarten von der Stadtverwaltung im nächsten Haushalt umfangreiche Erläuterungen zu diesen Sammelposten.

Die Umstellung auf ein anderes System hat allerdings an dem strukturellen Problem unseres Haushaltes - wenig überraschend - rein gar nichts verändert.

Auch in der Doppik lautet die zentrale Frage: ist der kommunale Haushalt so leistungsfähig, dass alle Aufgaben aus eigener Kraft ohne Vermögensverzehr geleistet werden können? Nein, auch in den nächsten Jahren werden Grundstückserlöse als außerordentliche Erlöse zum Haushaltsausgleich eingebracht (früher hieß das Ersatzdeckungsmittel). Bis zum Jahr 2020 sind es über 22 Mio. Euro. D.h. Grundstücke im Wert von über 22 Mio Euro werden verkauft, aber alle Grundstückserlöse fließen in den Haushaltsausgleich. Das ist höchst problematisch: Es wird Substanz aufgezehrt, ohne Schulden zu reduzieren. Eigentlich dürften diese Erlöse nur für die Finanzierung von Investitionen verwendet werden.

Auf das strukturelle Problem des Haushaltes und deren Konsequenzen wird mein Kollege Dr. Murschel später noch eingehen.

### **Kommunale Wohnraumstrategie**

Noch mal zurück zu den Grundstückserlösen. In diesen ist auch der Verkauf des Grundstückes im Stadtpark, die Berliner Straße enthalten. Diese Fläche soll für Wohnbebauung nicht allein für soziales Wohnen sondern mit einer guten Durchmischung entwickelt werden. Das ist eines der Ergebnisse der Diskussionen zum Thema Kommunale Wohnraumstrategie. Im März hat der Gemeinderat nach langem Vorlauf dazu eine Klausurtagung gemacht, die von den zuständigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sehr gut vorbereitet war. Hierfür an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank. Im Juli wurden dann Handlungsempfehlungen und Zielsetzungen beschlossen. Fakt ist: wir brauchen dringend Wohnraum und zwar bezahlbaren Wohnraum. Aus diesem Grund müssen unserer Ansicht nach die Gebiete Berliner Straße

und auch die Jahnstraße schnell entwickelt werden. Erste Erlöse sind z.B. für die Berliner Straße allerdings erst im Jahr 2019 vorgesehen. Wir meinen, bei diesem Thema sollten wir den Turbo einlegen und diese Gebiete wesentlich schneller entwickeln.

### **Gewerbeentwicklung**

Bei den Gewerbegebieten sind im Jahr 2017 die restlichen Erlöse aus Leo-West erhalten, in den Folgejahren sollen keine größeren Flächen für Gewerbe geschaffen werden. Und das ist auch gut so. Nach der Entwicklung von Leo-West, die wir mitgetragen haben, sind wir der Meinung, dass nun weitere brachliegende Flächen „Innen“ entwickelt werden sollen. Es gibt nun mal keine passenden verkehrlich gut erschließbaren Grundstücke auf der grünen Wiese mehr und wir müssen auch dem Flächenverbrauch Einhalt gebieten. Entwicklungen mit größeren Gebieten in Höfingen oder Gebersheim sind für uns aufgrund der Verkehrssituation nicht tragbar. Wir dürfen nicht durch Einschränkung der Lebensqualität im Wettbewerb der Städte selbstverschuldet zurückfallen.

### **Jugendbeteiligung**

Zu einem ganz anderen Thema: Nach langem Vorlauf war es im April dieses Jahres endlich soweit, das erste Jugendforum hat stattgefunden, eine rundum gelungene Veranstaltung. Wir finden es klasse, wie viel Engagement und Begeisterung die Jugendlichen dabei entwickelt haben und immer noch entwickeln. Von der X-mas Party, die im Dezember stattfinden wird, über die Schulausstattung, hin zu W-LAN über das Thema Sauberkeit in der Stadt bis zum Stadtpark und der Skateanlage, dies alles sind Themen der Projektgruppen. Und eine YouTube Gruppe hat sich gebildet, die Filme zu den Anliegen der Jugendlichen hoch professionell umsetzt. Schauen sie mal rein in den YouTube Kanal – es lohnt sich. Unsere große Hochachtung gilt Allen, die sich engagieren. Und wir müssen die Anliegen der Jugendlichen weiter ernst nehmen. Einiges aus den Projektgruppen ist auf den Weg gebracht, einiges braucht noch weitere - auch finanzielle - Unterstützung. So zum Beispiel beim Thema Stadtpark. Hierzu stellen wir drei Anträge, einen zum Thema Sicherheit und Beleuchtung, den zweiten zum Thema Gestaltung des Stadtparks u.a. mit Aufenthaltsplatz und Skateanlage und den dritten zum Thema freies W-LAN. Details dazu können sie unseren Anträgen entnehmen.

### **Leobad**

Eine Angelegenheit, die nicht nur, aber auch Jugendliche betrifft, ist das Leobad. Die Sanierungsbedürftigkeit des Leobades ist ein hoch emotionales Thema, es wird allerorten diskutiert, was nicht verwunderlich ist, da das Bad von allen Bevölkerungsgruppen genutzt wird. Die Menschen stehen hinter dem Leobad und setzen sich mit Vorschlägen oder im neu gegründeten Förderverein für diese Oase mitten in Leonberg ein. Wir stehen hinter der Sanierung, und fordern die anderen Fraktionen auf, sich ebenso klar dazu zu bekennen. Auch und weil im Zusammenhang mit der Hallenbadsanierung der Erhalt des Leobades von allen politischen Gruppen zugesichert wurde. Details wie wo was evtl. in den Sanierungsplänen noch verändert wird, werden ja demnächst besprochen. Da die Sanierung anscheinend nicht während des laufenden Betriebes erfolgen kann und das Bad deshalb eine Saison geschlossen werden muss, sollte die Stadtverwaltung die Bevölkerung zur Sanierung und zum Ablauf umfassend informieren.

## **Vereinsfusion**

Zunächst müssen die Mitglieder der beiden Vereine entscheiden, wie es weitergehen soll. Wir unterstützen die Anstrengungen des Vorstands, die Vereine mit einer Fusion zukunftsfähig zu machen. Es leuchtet ein, dass auf Dauer keine zwei großen Vereine in der Kernstadt mit den vielfältigen Anforderungen, die sich in der Gewinnung von Ehrenamtlichen und der Unterhaltung der Flächen und Gebäude stellen, nebeneinander funktionieren können. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Nettoerlöse aus dem Verkauf des Geländes an der Jahnstraße dem Verein zugutekommen. Über weitere Zuschüsse muss danach auf Antrag des fusionierten Vereins entschieden werden.

## **Personal und Stellenplan**

Wie in jedem Jahr ist auch der Stellenplan Thema. Die Verwaltung schlägt u.a. für die zentrale Buchhaltung Stellenneuschaffungen vor. Dazu wurde erläutert, dass zwar Arbeitsbereiche in anderen Abteilungen entfallen, aber aufgrund sonstiger Aufgaben dort keine Stellen entfallen können. Dies ist nicht schlüssig. Bis uns nicht aufgezeigt wird, warum dafür keine Stellen entfallen können, werden wir diesen Stellen-erhöhungen nicht zustimmen.

## **Finanzielle Situation der Stadt ist bedrohlich – Zeit, die Notbremse zu ziehen**

Im August dieses Jahres hat die Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart die Haushaltsanalyse 2016 für die Landeshauptstadt und die 25 Großen Kreisstädte der Region Stuttgart vorgestellt. Es lohnt sich einen Blick in diese statistischen Zahlen zu werfen, gerade um den Leonberger Haushalt einordnen zu können.

Auf der Einnahmenseite, z.B. bei den Gesamtsteuereinnahmen pro Kopf in Euro liegt Leonberg im Regionalvergleich mit rund 1500 Euro im Mittelfeld der Großen Kreisstädte. Dies betrifft insbesondere die Gewerbesteuer, überdurchschnittlich ist der Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer. Die Bürgerinnen und Bürger in Leonberg verdienen gutes Geld und die Leistungskraft der Wirtschaft ist hoch. Teuer ist das Leben in Leonberg. Die Immobilienpreise und die Mieten steigen Jahr für Jahr und werden durch einen im Vergleich überproportional hohen Anteil an der Grundsteuer B noch befeuert. In unserer Stadt finanzieren Grundeigentümer und Mieter den städtischen Haushalt im höheren Maße als andere Große Kreisstädte.

Die Einnahmenseite ist in Leonberg also im guten Durchschnitt der Vergleichsstädte, was nahelegt, dass der extreme Schuldenanstieg auf über 144 Millionen Euro im Jahr 2019 durch übermäßige Ausgaben verursacht wird. An den zu bezahlenden Umlagen liegt es jedenfalls nicht. Die Beiträge die Leonberg an den Landkreis, die Region oder die kommunale Finanzausgleichsumlage leistet sind nicht höher als im Schnitt der Vergleichsstädte. Ausgedrückt in der Finanzkraft je Einwohner, also den saldierten Einnahmen minus den Umlagezahlungen, ergibt dies 952 Euro pro Einwohner und Platz 14 von 26 in der Region.

Die großen Ausgabenblöcke wie für Personal, oder die Verwaltungs- und Betriebsausgaben sind gleichfalls im Mittelfeld der Vergleichsstädte. Selbst die oft genannten Leistungen für Kindertageseinrichtungen oder für die Schulen können die Verschuldung nicht erklären. Auch wenn hier die Vergleiche nur bedingt machbar sind, in absoluten Zahlen liegt Leonberg mit rund 300 Euro pro Einwohner für die Kinderbetreuung bzw. 163 Euro für Schulen im mittleren Feld der Großen Kreisstädte.

Als Fazit aus dieser Betrachtung bleibt, dass Leonberg im Vergleich mit den Großen Kreisstädten in der Region ein strukturelles Problem hat: mit die höchste Verschuldung, die geringste Freie Spitze, was Investitionsentscheidungen massiv einschränkt, eine über die Jahre sich verschlechternde Tilgungsquote und einem Rückgang der Allgemeinen Rücklage auf ein Mindestniveau.

Leonberg hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem, welches sich seit vielen Jahren verschärft. Leonberg hat über seine Verhältnisse gelebt. Der nun vorliegende Haushaltsentwurf ist nur genehmigungsfähig, weil er auf außerordentliche Erträge durch Grundstücksverkäufe aufbaut, von der konjunkturell guten Lage profitiert, vom niedrigen Zinsniveau entlastet wird und durch die gelungene Finanzvereinbarung des Landes mit den Kommunen eine zusätzliche Planungssicherheit erreicht wird.

Die Risiken für die Zukunft liegen aber auf der Hand: Konjunkturelle Einnahmerückgänge oder ein Anstieg des Zinsniveaus werden zukünftige Haushalte nicht mehr ermöglichen. Es ist also wirklich an der Zeit, das Thema Konsolidierung ernst zu nehmen. Die Fraktion GRÜNE hat deshalb auch einige Einsparvorschläge für den Haushalt 2017.

### **Strukturelle Minderausgaben**

Nachhaltige Entlastung der Finanzsituation braucht strukturelle, jedes Jahr wirksame Minderausgaben. Wir sind gezwungen uns von großen Kostenverursachern zu trennen. Wir haben uns über viele Jahre mit der Stadthalle beschäftigt. Alle Strategien zur Kostensenkung sind gescheitert. Mindestens 1,5 Millionen Euro werden auch im Haushalt 2017 aufgewandt werden. Wir können uns dieses auf Dauer nicht länger leisten. Wir wollen deshalb eine Abwicklung der Stadthalle und die Nutzung der freierwerdenden kommunalen Fläche für Wohnbebauung.

Weitere Einsparvorschläge betreffen das Projekt Stöckhof, die Planungen zum Kindergarten Nord, die Nutzung eines Bundesprogramms „Digitalisierung an Schulen“, sowie eine Globale Minderausgabe von 5% in den Positionen Sach- und Dienstleistungen sowie sonstige Aufwendungen. Davon ausgenommen sind die Bereiche Soziales, Bildung, Jugend. In der Summe sind dies Einsparbeträge bzw. Verschiebungen in Höhe von rund 3 Millionen Euro. Auch das im letzten Haushalt angesprochene Thema Schwarznussbäume im Ezach steht wieder auf der Tagesordnung.

### **Mobilität in der Stadt sichern**

Mit der Sanierung des Engelbergbasistunnels, dem Bau des Verflechtungsstreifens der A8 zwischen Leo-Ost und Stuttgarter Kreuz wird sich die Verkehrssituation weiter verschärfen. Wir wollen, dass die Stadt stärker in den Ausbau des ÖPNV einsteigt und Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Geh- und Radwegen ergreift.

### **Umwelt Energie Klimaschutz: Nahwärmenetz– Leo-Energie**

Sehr geehrte Damen und Herren, wir hatten es schon im Haushalt 2016 angesprochen: die Umwelt zählt nicht zu Topthemen in dieser Stadt. Wir wollen, dass auch Leonberg einen aktiven Anteil bei der Energiewende und dem Klimaschutz übernimmt. Wir hatten hochgesteckte Erwartungen bei der Gründung des Partnermodells Leonberg und EnBW. Da ist viel Ernüchterung geblieben. Die Nahwärmeversorgung des Layherareals ist dafür ein Beispiel: Hüh und Hott, erstmal rechnet es sich nicht, dann zeigen unsere Nachbarkommunen wie es geht. Ein Stadtwerk aus der näheren

Umgebung wird die Nahwärmeversorgung übernehmen. Dort weiß man wie man erfolgreich auf dem Markt agiert, hier ist Funkstille. Wir haben einen Antrag, der diese Defizite auffangen will. Die Stadt soll in ein Nahwärmekonzept für weitere angrenzende Kernstadtbereiche einsteigen. Damit die Stadtwerke bzw. Leo-Energie mittelfristig auch in diesen Markt einsteigen kann. Bund und ganz aktuell das Land haben übrigens ein Förderprogramm, das Kommunen bei der Erstellung solcher Konzepte mit 70% unterstützt.

### **Lärmaktionsplan**

Der im letzten Jahr von der Verwaltung vorgestellte Entwurf des Lärmaktionsplans ist nicht ambitioniert und beschränkt sich auf das Allernötigste. Mehr Lärmschutz soll es nach diesem Entwurf nur für diejenigen betroffenen Menschen in der Stadt geben, die einem Lärmpegel über der Gefahrenschwelle ausgesetzt sind. Noch viel weniger ist aber die Herangehensweise der Verwaltung verständlich. Bis heute sind nun 1,5 Jahre verstrichen und auf die vielen Anregungen der Bürgerinnen und Bürger wird nicht eingegangen. 30.000 Euro waren im vergangenen Haushalt, die sind ja wohl nun verfallen, 100.000 Euro nun für den Haushalt 2017. Zu wenig um ernsthaft etwas umsetzen zu wollen. Wir unterstützen die Forderung von OB Schuler, auf den Autobahnen um Leonberg eine Tempobegrenzung einzuführen.

Meine Damen und Herren. Es ist unsere Aufgabe als gewählte Räte, das Beste für Leonberg und seine Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Dennoch wollen wir die Bürgerinnen und Bürger stärker einbinden. Deshalb schlagen wir einen Bürgerhaushalt, wie er in zahlreichen anderen Städten bereits erfolgreich praktiziert wird, vor. Wir wollen eine nachhaltige Entwicklung, sowohl ökonomisch als auch ökologisch. Wir wollen, dass auch künftige Generationen diese Stadt als ihre Heimat verstehen und es sich hier gut leben lässt. Dazu braucht es ein radikales Umdenken und keine Kosmetik.

Dr. Bernd Murschel, Birgit Widmaier und Fraktion